

BERICHTE

DES BUNDESINSTITUTS FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN

DIE UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK

- Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung -
(Oktober 1968)

von

Borys L e w y t z k y j

6/1969

KÖLN
LINDENBORNSTRASSE 22

INHALT

	Seite
Innenpolitische Spannungen	1
Das Jubiläum des Komsomol	5
Probleme des sowjetukrainischen Arbeits- marktes	7
Außenpolitische Probleme	10
<u>Quellen:</u>	13

Januar 1969

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OST-
WISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN
herausgegebenen Berichten geäußert werden, geben ausschließ-
lich die Auffassung des Autors wieder.

Abdruck -auch auszugsweise - nur mit Genehmigung und Quellen-
angabe gestattet.

1. Innenpolitische Spannungen

Die Konflikte zwischen der Parteibürokratie einerseits, der Intelligenz und einem beachtlichen Teil der Gesamtbevölkerung andererseits, die zu Beginn des Jahres erstmals sichtbar geworden waren, halten an. Dabei sind zwei Probleme strittig: die Kulturpolitik und die sozialistische Gesetzlichkeit, beides auf dem Hintergrund der Nationalitätenpolitik. In jüngster Zeit gelangten Dokumente in den Westen, die zeigen, wie gespannt die Situation ist. Besonders wichtig ist ein Brief von 139 Bürgern der Sowjetukraine, gerichtet an den Generalsekretär des ZK der KPdSU Breshnew, den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Kossygin und den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Podgornyj. Dabei fällt die große Zahl von angesehenen Physikern, Mathematikern und sonstigen Naturwissenschaftlern auf, die ihn mit unterschrieben haben. Entgegen den Behauptungen einiger nationalistischer Emigrantenkreise zeigt eine Analyse, daß sich viele russische Intellektuelle mit den Ukrainern solidarisiert haben und unter den 139 Unterzeichnern auch mehrere Russen sind.

In diesem Dokument wird gesagt, die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit nehme immer mehr überhand. Im Widerspruch zu den geltenden Gesetzen fanden in Kiew, Lemberg und Ivano-Frankivsk 1965 und 1966 unter Ausschluß der Öffentlichkeit politische Prozesse statt. Die Unterzeichner wiesen auch auf die Prozesse in Moskau hin und protestieren dagegen, daß die Öffentlichkeit über diese Fälle nicht informiert wurde. Unter Berufung auf den Offenen Brief von Pavel Litvinov und L. Bogoraz stellen sie fest, daß der Prozeß gegen Galanskov, Ginsburg, Dobrovolskij und Laskova unter "grober Verletzung der Prozeßnormen" abgelaufen sei.

Auch der Journalist Wjačeslav Cornovil wird erwähnt, der am 15. November 1967 nur aus dem Grunde zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde, weil er Dokumente gesammelt hatte, die die Verletzungen der Gesetzlichkeit in verschiedenen Fällen nachwiesen und diese dann den Behörden zur Verfügung gestellt hatte. In dem Brief heißt es ferner:

"Alle diese und andere Tatsachen zeigen, daß die Prozesse, die in letzter Zeit stattfanden, zu einer Form der Unterdrückung

jeglicher bürgerlicher Aktivität und Sozialkritik geworden sind, von Aktivitäten, die jede Gesellschaft braucht, will sie gesund bleiben. Sie bestätigen die immer stärker zutage tretende Restauration des Stalinismus, vor der I. Gabaj, Ju. Kim und P. Jakir in ihrem Aufruf an Wissenschaftler, Kultur- und Kunstschafter der UdSSR so energisch und mütig warnen. In der Ukraine, wo die Verletzung der Demokratie ergänzt und verschärft wird durch eine Entstellung des Nationalitätenproblems, zeichnen sich die Symptome des Stalinismus noch offensichtlicher und gröber ab."¹⁾

Die 139 Unterzeichner des Briefes beschwören die Moskauer Führung, sie möge Maßnahmen ergreifen, um die Gesetze inkraft zu halten, und so dafür sorgen, daß "in unserem gesellschaftlich-politischen Leben die entstandenen Schwierigkeiten und Differenzen in geistiger Auseinandersetzung gelöst und nicht der Kompetenz von Staatsanwaltschaft und KGB unterstellt werden."

Die in New York erscheinende russische Tageszeitung "Novoe Russkoe Slovo" brachte im Oktober dieses Jahres zwei ähnliche Dokumente, die von Einzelpersonen unterschrieben sind. Der in Odessa lebende Matrose L.N. Timcuk (er gibt seine vollständige Adresse an) schrieb an den Obersten Gerichtshof der UdSSR, an das Politbüro des ZK der KPdSU und an das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR einen Brief, in dem er gegen die Verurteilung Galanskijs und seiner Freunde protestiert. Er spricht davon, daß noch immer Stalinopfer verfolgt würden und sich die Stalinisten im Vormarsch befänden. Am Schluß seiner Erklärung bringt er zwei Bitten vor: man möge die Prozesse gegen Sinjaskij und Daniel, sowie gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolskij und Laskowa, den Fall Bukowskij und den Fall Ogurdcov und andere überprüfen; ferner die Freiheit von Wort und Schrift für alle garantieren.²⁾

Ein anderer Brief stammt von dem Kiewer Mathematiker und Ingenieur Leonid Pljušč und ist an die Redaktion der "Komsomol'skaja Pravda" gerichtet. Auch hier handelt es sich um einen Protest gegen die Verfolgung russischer und ukrainischer Kulturschaffender. Die Zeiten haben sich geändert, mit Lüge und Terror ist heute nichts mehr auszurichten - diese Auffassung zieht sich wie ein roter Faden durch das Schreiben. Am Schluß beruft er sich gar in scharfen Worten auf

den bekannten Helden der Oktoberrevolution und Stalin-Gegner Raskolnikov, der Ende der dreißiger Jahre in seinem offenen Brief an Stalin diesem angedroht hatte, das Volk werde ihn eines Tages zur Rechenschaft ziehen. Diese Zeit werde kommen, schrieb Plušč, wenn "Stalin und seine Lakaien" zur Verantwortung gezogen werden.³⁾

Nach glaubwürdigen Informationen von Reisenden und Journalisten hat sich die innenpolitische Situation in der Ukraine nach der Intervention in der ČSSR verschärft. Aus sowjetukrainischen Zeitungen geht deutlich hervor, daß sich die Parteibükratie nach Kräften bemüht, eine Zunahme der Spannungen zu vermeiden. So werden z.B. weiterhin Artikel des in Ungnade gefallenen Literaturkritikers Ivan Dzjuba gedruckt, obwohl seine Arbeit "Internationalismus oder Russifizierung" im Westen in verschiedenen Sprachen erschienen ist und ein großes Echo ausgelöst hat. Auch Artikel anderer Literaturkritiker erscheinen, z.B. von Svitlyčnyj, der schon vor zwei Jahren Repressalien ausgesetzt gewesen und sogar verhaftet worden war. Dem Vernehmen nach arbeitet er im Augenblick in einer Bäckerei in Poltava als Buchhalter.

Dieses scheinbar tolerante Verhalten kann man als Beruhigungsspielchen werten. Zur selben Zeit aber erschienen in der sowjetukrainischen Tagespresse erste umfangreichere Artikel über die Tschechoslowakei. Die "Radjanska Ukraina" brachte einen solchen unter der vielsagenden Überschrift "Freiheit der Gedanken - Einheit der Aktion", einer aufgewärmten Phrase von Lenin. Auffallenderweise wird in diesem Artikel der Akzent auf die Gedankenfreiheit gesetzt, und sein Verfasser, der Kandidat der historischen Wissenschaften P. Ponomarenko, versichert, daß die Gedankenfreiheit in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eine der Triebkräfte des politischen Lebens sei, daß aber das Leninsche Gesetz weiterhin gelten müsse, wonach, sobald die Einigkeit der Gedanken hergestellt sei, die Einheit der Aktion folgen müsse. Er schildert die in der KPČ entstandene Lage mit folgenden Worten:

"In der KPČ sind wie auch in jeder anderen kommunistischen Partei Gedankenfreiheit, Selbstkritik und kritische Ein-

schätzung der einen oder anderen Maßnahme notwendig, sie entarteten dort jedoch sehr rasch zu einer unaufhaltsam anwachsenden und gefährlichen Kampagne, die auf eine Diskreditierung der gesamten Tätigkeit der Partei hinausläuft."4)

Symptomatisch für die Lage in der Ukraine waren auch die sogenannten "antifaschistischen Demonstrationen". Dafür hatte man jene Stätten ausgewählt, an denen im Krieg Einsatzkommandos der SS mehrere Tausend Sowjetbürger, meist jüdischer Herkunft, ermordet hatten. Die bedeutendsten Manifestationen fanden in Kiew statt, und zwar im Todeslager von Darnica, in der Schlucht von Babij Jar, in der Pečerska Lavra und auf dem Lukjanivskoe Friedhof. Die Gedenkfeier in Babij Jar vom 29. September war das charakteristischste Politikum, weil seit Jahren der fortschrittliche Teil der sowjetukrainischen Bevölkerung, unterstützt von der russischen Intelligenz (man denke nur an das Gedicht von Jewtušenko "Babij Jar") forderte, daß die völlig verwilderte Schlucht bei Kiew instandgesetzt werde und ein Denkmal bekomme. Die Parteibürokratie wehrt sich bis heute dagegen, indem sie behauptet, es sei Unrecht, dabei die Juden besonders herauszuheben, denn auch Russen, Ukrainer und andere Völker der Sowjetunion hätten schwere Verluste erlitten. Diese geheuchelte "Solidarität" wurde von der sowjetukrainischen Intelligenz immer wieder bloßgestellt und erst kurz nach Chruschtschows Sturz - dem Hauptverfechter dieser "Gleichmacherei" - wurde vom Kiewer Stadtsowjet angekündigt, daß in Babij Jar ein Denkmal errichtet werde. Die ukrainische Intelligenz organisierte aus eigener Initiative alljährlich am 29. September eine Gedenkfeier, die vor allem im Jahre 1966 starke politische Akzente trug. Bei dieser Gedenkfeier hielt Ivan Džjuba eine Rede, deren vollständiger Text in den Westen gelangte. Er warf der sowjetischen Führung vor, vom Zweiten Weltkrieg bis jetzt nichts getan zu haben, um den noch immer verbreiteten Antisemitismus auszurotten.

Die diesjährige Gedenkfeier trug erstmals offiziellen Charakter. Sie wurde vom Sekretär des Stadtparteikomitees Kiew, Wo.O. Bojčenko eröffnet, und neben anderen Rednern nahmen auch Vertreter der jüdischen Intelligenz das Wort. Mit keiner Silbe wurden jedoch die Juden erwähnt, man sprach nur von Sowjetbürgern, die Opfer des Naziterrors

geworden waren. Auch das versprochene Denkmal ist noch immer nicht errichtet worden. In einem Bericht des sowjetukrainischen Presse-dienstes Ratau heißt es:

"Unter den Klängen der Trauermusik wurden am Grundstein für das Denkmal für die sowjetischen Menschen - Opfer der Verbrechen des Faschismus in der Zeit der vorübergehenden Besetzung von Kiew 1941 - 1943 - Kränze und Blumen von städtischen und Rayonsorganisationen, von Betrieben, Institutionen und von den Lehranstalten der Hauptstadt der Republik niedergelegt."⁵⁾

2. Das Jubiläum des Komsomol

Wie in der ganzen Sowjetunion wurde auch in der Sowjetukraine das fünfzigjährige Bestehen des Komsomol festlich begangen. Die Richtlinien für die Feiern waren von der Moskauer Parteizentrale ausgegeben worden, sie waren strikt und verbindlich bis ins Detail. Der Titel eines Artikels im theoretischen Parteiorgan der Ukraine "Kommunist Ukrainy" "Die Kraft des Komsomol liegt in der Leitung durch die Partei" faßt diese Direktiven in einer Losung zusammen. In den zahlreichen aus diesem Anlaß erschienenen Abhandlungen wurde viel weniger über den Komsomol gesprochen als über die Aufgaben der Parteibürokratie im Bereich des Komsomol und der Jugend überhaupt. Der

"Komunist Ukrainy" versuchte diesen neuen Führungsstil zu erklären:

"Bei ihren ideologischen Diversionsabsichten konzentrieren die Imperialisten ihre Bemühungen in erster Linie darauf, das Bewußtsein der heranwachsenden Generation zu vergiften. Sie bemühen sich, einen Teil der Sowjetjugend ideologisch zu entwaffnen, ihren Glauben an die kommunistischen Ideale zu erschüttern, Pessimismus und eine apolitische Einstellung in ihren Reihen zu verbreiten. Die komplizierten und vielschichtigen Erscheinungen der inneren und der internationalen Lage kann nicht jeder sofort einsehen und verstehen, und manchmal fehlt es den jungen Leuten an der nötigen Vorbildung und Erfahrung. Bedauerlicherweise werden sie von ihren älteren Genossen nicht immer richtig über jene komplizierten Probleme aufgeklärt, die sie bewegen. Manchmal unfähig, selbständig komplizierte Ereignisse und Erscheinungen zu begreifen, geraten manche unserer Jungen und Mädchen unter fremde Einflüsse und rutschen auf Positionen des Skeptizismus und Nihilismus ab."⁶⁾

Die Parteifunktionäre, die sich gegenüber diesen unerfahrenen Jugend-

lichen allein das Monopol für Belehrung und Aufklärung anmaßen, sehen das einzige Heilmittel gegen alle möglichen "Unterwanderungen und Zersetzungerscheinungen" in ihrer starken Führung der Jugendorganisation. Die Hälfte der Posten der Sekretäre der Grundorganisationen des Komsomol sind mit Mitgliedern bzw. Kandidaten der KPdSU besetzt. Dieser Trend, der darauf zielt, daß die Führung des Komsomol direkt durch Parteifunktionäre übernommen wird, setzte mit dem XXIII. Parteitag offiziell ein und wird, wie nun angekündigt wurde, weiter verstärkt. Der "Komunist Ukrainy" konstatiert auch mit Bedauern, daß es um die Kader des Komsomol keineswegs rosig bestellt sei, denn oft würden auf Führungsstellen im Komsomol auch Parteifunktionäre beordert, die, wie sich dann später herausstellt, für diese Arbeit keine Erfahrung oder keine Begabung mitbringen. Augenblicklich finden in den Komsomolorganisationen Rechenschafts-Wahlversammlungen statt und die Partei will bei dieser Gelegenheit die erwähnten Mängel aufzeigen und Vorschläge machen, wie sie zu beheben sind.

Bei Gelegenheit der Jubiläumsfeierlichkeiten bestätigte sich ein übriges Mal, daß die Studenten und noch mehr als sie die Schüler für die Partei ein besorgniserregendes Problem sind. In der Ukraine machen Schüler und Studenten ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus und schon deshalb reagieren die Behörden auf alles, was mit jungen Menschen zu tun hat, allergisch. Der "Komunist Ukrainy" veröffentlichte die Entschlüsse des ZK der KP Ukraine, worin die Beseitigung von Mängeln und Nachlässigkeiten in den Komsomolorganisationen der Schulen gefordert wird. Dabei fällt die Rückkehr zu der unter Stalin geltenden Norm auf, daß die Schüler in erster Linie Hilfsinstrument der Lehrer sein sollten.

In dem die Entschlüsse erklärenden Artikel wird auch betont, daß die junge Generation nicht die "harte revolutionäre Schule der Älteren" durchgemacht habe. In der Ukraine sind 74 % der Komsomolzen unter 22 Jahre alt, davon 30 % unter 18. Der Anteil der Komsomolzen in der Altersgruppe 14 - 18 beträgt das dreifache der 25 - 28jährigen.⁷⁾

Die Ereignisse in der ČSSR müssen als ein Beispiel dafür herhalten, "wohin es kommen kann", wenn Kommunisten - in diesem Fall war die

Jugend gemeint - von den prinzipiellen Positionen des Marxismus-Leninismus abgehen und bei der Klärung politischer Probleme den Klassenstandpunkt verlassen.

Auch die 100. Wiederkehr von Lenins Geburtstag (1870) wird groß aufgezogen werden, und dabei sind einige besondere Aktionen für Studenten vorgesehen. Das Zentralkomitee des Komsomol der Ukraine und das Kollegium des Ministeriums für Hoch- und mittlere Fachschulbildung der Ukrainischen SSR beschloß schon vorweg einen Generalrapport der Studenten durchzuführen. Er begann am 2. Oktober zum Gedenken an die Rede, die Lenin auf dem III. Kongreß des Komsomol gehalten hat und soll weitergeführt werden bis 1970, also bis zum Vorabend der hundertsten Wiederkehr von Lenins Geburtstag. Mit dieser beinahe militärisch aufgezogenen Aktion wird beabsichtigt, "die Verantwortung der Studenten gegenüber Partei und Volk für ihre Ausbildung, für tiefe und starke Kenntnisse der Grundlagen der Wissenschaften und der marxistisch-leninschen Theorie zu stärken".⁸⁾

3. Probleme des sowjetukrainischen Arbeitsmarktes

Die "Ekonomika radjanskoi Ukrainy" veröffentlichte einen Artikel, der einen guten Überblick über die Verteilung der Arbeitskräfte in der Republik vermittelt, und gleichzeitig berichtet, wieweit die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur der Arbeitskräftereserven verwirklicht wurden.⁹⁾

Die Industriestandorte sind in der Sowjetukraine sehr ungleichmäßig verteilt. Der Anteil des Wirtschaftsrayons Donezk-Dnjepr am Gesamtvolumen der Investitionen der Republik betrug 1966 55 %, während der Süd-West-Rayon 27 % und der Süd-Rayon 18% erhielten. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß von den ersten Fünfjahresplänen an die Schwerindustrie Priorität hatte, und gerade sie konzentriert sich in diesem Rayon. Ein zweites negatives Charakteristikum der Industrieverteilung liegt in ihrer Konzentration auf die Großstädte. Dort eilt die Zuwachsrate der Industrieentwicklung der der Bevölkerung weit voraus, was einen permanenten Mangel an Arbeitskräften nach sich

zieht. Diese Konzentration hat auch dazu geführt, daß die dort beschäftigten Arbeiter immer längere Wegzeiten in Kauf nehmen müssen, viele Pendler legen täglich 50 - 90 km zurück, was einen täglichen Zeitverlust von 3 - 6 Stunden bedeutet. Charkow hat mehr als 140 Tausend Einpendler, Kiew 100 Tausend, Dnjpropetrowsk 45 Tausend und Lemberg 15 Tausend. Zu einer vordringlichen Aufgabe wurde es deshalb, in Klein- und Mittelstädten die Industrie zu entwickeln. Erste Maßnahmen in dieser Richtung sollten im Zuge des laufenden Fünfjahresplans verwirklicht werden. Doch zeigen die Angaben der obengenannten Zeitschrift, daß die Lösung dieses Problems noch in weiter Ferne liegt.

Indirekt verrät die Zeitschrift damit auch Ungerechtigkeiten, die die Sowjetukraine im Rahmen der "innersowjetischen Arbeitsteilung" in Kauf nehmen muß. Manche Industrieprodukte, die die Ukraine aus anderen Republiken einführt, könnte sie leicht selbst herstellen. So beträgt z. B. der Anteil der Ukraine an der Produktion von Metallbearbeitungsmaschinen 13,3 %, von Autos 10,7 %, von Motorrädern und Motorrollern 3,7 %, von Haushaltswaschmaschinen 9 %, von Radioapparaten 11,9 %, von Fernsehgeräten 18,5 %, von Kühlschränken für den Haushalt 14,9 %. Auch bei der Rohbaumwoll- und Seidenverarbeitung sind die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Die Produktion all dieser Erzeugnisse könnte in der Ukraine gesteigert werden, Möglichkeiten dazu sind vorhanden, können aber wegen der geltenden gesamtsowjetischen Richtlinien nicht genutzt werden.

Besonders nachteilig wirkt sich die mangelhafte Ausrüstung in der Fleisch- und Milchindustrie aus. Die Angaben, die die Zeitschrift im Zusammenhang damit veröffentlicht, sprechen für sich selbst. 1967 fehlte es an Kapazitäten für Fleischverarbeitung im Gebiet Černigov für 100 to je Schicht, in Kirovograd 70, Cherson 50, Poltava 50, Wolhynien 40. Durch den Mangel an Kühlschränken für die Industrie fehlen die Voraussetzungen für eine rationelle Auswertung der relativ stark entwickelten Viehwirtschaft. Es bestehen auch Disproportionen zwischen Erfassung und Ankauf von Leinenfaser und der Weiterverarbeitung, erstere betrug 1967 80,6 Tausend to, letztere nur 38,9 Tausend to.

Die Ukraine führt drei Fünftel ihres Bedarfs an Erdölprodukten ein, das aber nur deshalb, weil im Rahmen der innersowjetischen Arbeitsteilung nicht vorgesehen ist, die Erdölverarbeitungsindustrie der Ukraine zureichend auszubauen.

Die Zeitschrift gibt diese Mängel unfreiwillig preis, indem sie die objektiven Schwierigkeiten darlegt, die dem im Wege stehen, daß die Industrie in Klein- und Mittelstädten nicht nur ausgebaut, sondern auch dem Bedarf der Republik angepaßt wird. Von einer besseren Standortverteilung der Industrie hängt aber auch unmittelbar die günstigere Nutzung der Arbeitskräfte-reserven ab. Die Ukraine weist noch immer einen großen Überschuß von Arbeitskräften auf dem Lande auf, der nicht abgebaut werden kann, solange nicht eine rationelle industrielle Standortpolitik und ein weitgehender Infrastrukturausbau Wirklichkeit geworden sind.

In diesem Artikel wie in einigen anderen Analysen werden neue Gedanken geäußert, insofern als die Umsiedlung der Bevölkerung nicht mehr als Allheilmittel hingestellt wird. Vielmehr wird vorgeschlagen, den Urbanisierungsprozeß von den großen Agglomerationen weg auf eine mittlere Ebene abzuleiten. Dabei sollen auch die landwirtschaftlichen Produkte auf dem Lande selbst weiterverarbeitet werden, also Konservenindustrie, Fleischverarbeitung usw.

Diese Strukturprobleme gewinnen auch deshalb an Aktualität, weil sich der Gosplan der UdSSR und andere zentrale und republikanische Behörden zur Zeit mit der Ausarbeitung eines "Generalschemas für die Entwicklung und Verteilung der Produktivkräfte der UdSSR für die Periode bis 1980" beschäftigen. Dabei sollen detailliertere Pläne bis 1975 ausgearbeitet werden. Damit befaßte sowjetukrainische Fachleute bemängeln, daß die wissenschaftlichen Vorbereitungen hierzu noch in den Kinderschuhen stecken.

4. Außenpolitische Probleme

Seit der Intervention in der ČSSR haben sich die Beziehungen der Ukraine zum Ausland sichtlich verändert. Der Schwerpunkt verlagerte sich auf zwei "zuverlässige Bruderstaaten": Polen und die DDR. Noch nie seit ihrem Bestehen sind die Konsulate der beiden Staaten so geschäftig gewesen wie in den letzten Monaten, vor allem im Oktober. Im Generalkonsulat der DDR in Kiew fand am 1. Oktober eine Pressekonferenz statt, auf der die Generalkonsulin Frau Irmgard Zickert und ihre Mitarbeiter auf das bevorstehende neunzehnjährige Bestehen der DDR hinwiesen. Die konsularische Vertretung der DDR gab zu verstehen, daß sie es gerne sähe, wenn aus diesem Anlaß in der Ukraine irgendwelche Veranstaltungen stattfänden. Absicht der Konferenz war es, die Journalisten über die Situation in der DDR zu informieren, wobei zahlreiche Fragen beantwortet wurden.¹⁰⁾ Am 7. Oktober fand tatsächlich im Saal des Kiewer Konservatoriums ein Festabend anläßlich des 19jährigen Bestehens der DDR statt. In Anwesenheit prominenter Vertreter des Partei- und Staatsapparates und der Kiewer Kommunalbehörden wurde in deutscher und ukrainischer Sprache viel und lang geredet. Auch war eine Delegation aus Leipzig gekommen, von Universitätsprofessor Heinrich Brunn geführt. In Kiew wurde bei dieser Gelegenheit auch der Film "Lenin in Leipzig" gezeigt, ferner fand ein Gemeinschaftskonzert Kiewer und Leipziger Künstler statt. In Donez und Charkow fanden ähnliche Veranstaltungen statt. Am 7. Oktober gab das Generalkonsulat der DDR einen Empfang.¹¹⁾

Im Rahmen der Freundschaftskontakte zwischen Kiew und Leipzig wurden am 7. Oktober in der Hauptstadt der Ukraine "Leipziger Tage" eingeleitet, im Mai 1968 hatten in Leipzig "Kiewer Tage" stattgefunden. Diese "Leipziger Tage" dauerten bis zum 17. Oktober. Dazu waren aus Leipzig Delegationen der verschiedensten Art gekommen. Am 6. Oktober begannen in Donezk "Magdeburger Tage", natürlich war eine Delegation aus Magdeburg da.¹²⁾

Fünf Tage lang hielt sich eine kommunistische Reisegesellschaft aus der Bundesrepublik in der Ukraine auf. Sie nahm an Veranstaltungen

in Kiew teil und besuchte dort auch einige Betriebe. Am 28. Oktober reiste sie nach Odessa weiter.¹³⁾

Wie weit die Manipulation der "deutsch-ukrainischen Freundschaft" geht, zeigt der folgende Zwischenfall. Mitte Oktober hielt der Vorsitzende der sowjetukrainischen Delegation bei der UNO, Außenminister Dimitro Bilokolos eine Rede, die in gekürzter Form in der "Radjanska Ukraina" am 16. Oktober wiedergegeben wurde. Ein Vergleich mit dem vollständigen Text der Rede zeigt, daß einige Absätze, in denen von den Beziehungen der Ukraine zur Bundesrepublik die Rede ist, gestrichen wurden, obwohl sie nichts anderes enthielten als eine Wiederholung der Gedanken des Außenministers der UdSSR Gromyko. Der gestrichene Absatz lautet:

"Von dieser Tribüne aus wurde durch den Außenminister Gromyko die Bereitschaft der Sowjetunion zu einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auf verschiedenen Gebieten ausgesprochen. Volk und Regierung der Ukraine billigen dieses konstruktive Verhalten und drücken die Hoffnung aus, daß die Bundesrepublik Deutschland, indem sie ihre Politik auf den realen Fakten basieren läßt, die sich aus den Folgen des Zweiten Weltkrieges ergaben, einen Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa leisten kann."

Im Originaltext der Rede, so wie er von den Vereinten Nationen herausgegeben wurde, sind noch mehr Passagen aus der Rede von Bilokolos enthalten, die in der "Radjanska Ukraina" gestrichen wurden. Sie betreffen vor allem die Politik der Sowjetunion den Kolonialvölkern und Befreiungsbewegungen gegenüber. Beim Absatz über die Bundesrepublik haben wir es sicher mit einer ganz bewußten Unterlassung zu tun. Offenbar erschien der Passus den Ukrainern angesichts der geschilderten Veranstaltungen zu Ehren der DDR gerade nicht "salonfähig".

Im Oktober fanden auch zahlreiche Veranstaltungen als Ausdruck der neuerdings betonten ukrainisch-polnischen Freundschaft statt. Vor allem sei hier das Treffen von Veteranen des Zweiten Weltkriegs erwähnt.¹⁴⁾ Die ukrainische Filiale der sowjetisch-polnischen Freundschaftsgesellschaft feierte am 30. Oktober ihr 10jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß gab es in Kiew und in verschiedenen Abteilungen der Gesellschaft in der ganzen Republik Festabende. Die ukrainische

Filiale dieser Gesellschaft ist eine Massenorganisation, sie vereinigt 9 Gebiets- und 4 Stadtabteilungen, 2 Kiewer Klubs "Freunde Warschaus" und "Freunde Krakaus" sowie mehr als 700 kollektive Mitglieder.¹⁵⁾

Q u e l l e n :

- 1) Dieser Brief wurde erstmals in der "New York Times" vom 4.5.1968 ohne die Liste der Unterschriften veröffentlicht, später in der in New York erscheinenden Tageszeitung "Svoboda" vom 11.10.1968, dort in ukrainischer Übersetzung mit zahlreichen Fehlern. Dem Verfasser des vorliegenden Berichts stand der russische Originaltext zur Verfügung.
- 2) "Zaŕjavlenie matrosa L.N. Tymčuka" in "Novoe Russkoe Slovo" vom 3.10.1968.
- 3) "Pis'mo Leonida Pljušča" in "Novoe Russkoe Slovo" vom 19.10.1968.
- 4) P. Ponomarenko, "Svoboda dumok, ednist dii" in "Radjanska Ukraina" vom 4. Oktober 1968.
- 5) "Radjanska Ukraina" vom 1. Oktober 1968.
- 6) "Sila komsomolu - wopartiynomu kerivnytvi" (Die Kraft des Komsomol liegt in der Leitung durch die Partei) in "Komunist Ukrainy" Nr. 10/1968, S. 13.
- 7) O. Kamsalov, Sekretär des ZK des WLKSM "Slavnyj sljach Leninskogo komsomolu" (Der Ruhmesweg des Leninschen Komsomol) in "Komunist Ukrainy" Nr. 10/1968, S. 23.
- 8) Ebenda, S. 34.
- 9) I. Velicko "Problemy racionalnogo rozmiscennja produktivnich sil i wykorystannja trudowych resursiv v ekonomicznych rajonach" in "Ekonomika radjanskoi Ukrainy" Nr. 10/1968, S. 37.
- 10) "Radjanska Ukraina" vom 2. Oktober 1968.
- 11) Ebenda, vom 8. Oktober 1968.
- 12) Ebenda.
- 13) Ebenda vom 30. Oktober 1968.
- 14) Ebenda vom 2. Oktober 1968.
- 15) Ebenda vom 31. Oktober 1968.

